



Kernforderungen zur künftigen EU-Strategie bis 2020 (KOM2009/647)

Die Europäische Kommission hat am 24. November 2009 ihre Konsultation über die künftige EU-Strategie bis zum Jahr 2020 vorgelegt, da die alte Lissabon-Strategie ausläuft.

Die zukünftigen Schwerpunkte sollen in den nachfolgenden Bereichen

- Wertschöpfung durch wissenbasiertes Wissen,
- Befähigung zur aktiven Teilhabe an integrativen Gesellschaften,
- sowie Schaffung einer wettbewerbsfähigen, vernetzten und ökologischeren Wirtschaft

liegen, um neue Wachstumsquellen zu erschließen.

Der Bundesverband Mineralische Rohstoffe e.V. (MIRO) begrüßt die neue Initiative der Europäischen Kommission, um nachhaltiges Wachstum und eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in Europa bis zum Jahr 2020 schaffen zu wollen.

Um diese wettbewerbsfähigere Wirtschaft erreichen zu können, müssen aus Sicht von MIRO folgende Punkte in die neue EU 2020-Strategie mit aufgenommen werden:

- Der Zugang zu Rohstoffen und deren verlässliche Verfügbarkeit sind für die Industrieunternehmen und ihre von der Volkswirtschaft benötigten Produkte von besonderer Bedeutung und ein unverzichtbares Ziel in der Wirtschaftspolitik. Der Zugang zu Steinen und Erden aus regionalen und lokalen Quellen ist essentiell für die wirtschaftliche Entwicklung.
- In der EU müssen die Rahmenbedingungen so gestaltet werden, dass eine dauerhafte Versorgung mit Rohstoffen aus europäischen und nationalen Quellen begünstigt wird.
- Die mineralgewinnende Industrie ist in Europa ein Motor des Wirtschaftswachstums. Um diesen Bereich weiter auszubauen, sollten Unternehmen gefördert werden, die sich mit der Forschung, Exploration und Gewinnung von Rohstoffen auseinandersetzen.
- Die Steigerung der Ressourceneffizienz von Produkten kann nur in einem ausgewogenen Verhältnis mit der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen gesehen werden. Dabei ist die Planungssicherheit der Unternehmen zu berücksichtigen.
- Die Rohstoffsicherung muss angesichts ihrer wirtschaftlichen und sozialen Bedeutung bei Abwägungsentscheidungen den gleichen Rang haben wie andere öffentliche Belange.
- Übermäßige Bürokratie schmälert die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. Ziel muss es sein, den Bürokratieabbau in Europa strikt fortzusetzen. Die administrativen Vorschriften und die Genehmigungsverfahren für die Exploration und den Abbau müssen vereinfacht und beschleunigt werden, um eine wettbewerbsfähigere Wirtschaft künftig zu erreichen.